

---

## Forschungsprogramm des Profilschwerpunkts

# “Wandel von Gegenwartsgesellschaften: Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen”

---

### Einleitung

Der Wandel von Gegenwartsgesellschaften ist ganz wesentlich eine Reaktion auf Phänomene der Entgrenzung. Für nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens lässt sich beobachten, dass Prozesse der Kommunikation und des Austausches, der sozialen Verbindung und des sozialen Konflikts die Grenzen der Wirkungsbereiche der etablierten gesellschaftlichen Institutionen überschreiten, derjenigen gesellschaftlichen Einrichtungen, Normen und Verhaltensmuster also, die diese Prozesse in der Moderne des 20. Jahrhunderts überwiegend recht erfolgreich reguliert und kanalisiert haben. Entgrenzungssphänomene mit beträchtlichen Folgewirkungen für die weltgesellschaftliche Entwicklung finden sich daneben auch in den so genannten fragilen Gesellschaften, Gesellschaften die ein solches Institutionensystem gar nicht erst ausgebildet haben oder im Zuge politischer Umbrüche verloren haben. Phänomene der Entgrenzung beobachten wir sowohl „nach außen“ wie auch „nach innen“: nach außen als Überschreitung der Wirkungsgrenzen gesamtgesellschaftlicher Institutionen (gesellschaftsübergreifende Entgrenzung), nach innen als Überschreitung der Wirkungsgrenzen von Institutionen, die spezifisch auf einzelne Handlungsfelder innerhalb der Gesellschaft gerichtet sind (innergesellschaftliche Entgrenzung). Phänomene der Entgrenzung führen zu einem Einflussverlust der etablierten gesellschaftlichen Institutionen und erzeugen einen Bedarf nach neuer Ordnungsbildung. Gegenstand des Profilschwerpunktes ist es, neue Formen der Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen zu erforschen.

### Gesellschaftsübergreifende Entgrenzung

Der historische Vorläufer für das Phänomen einer gesellschaftsübergreifenden Entgrenzung mit beträchtlichen Auswirkungen auf das bestehende Institutionensystem ist ohne Frage die bis in die frühe Neuzeit zurückreichende Entstehung einer integrierten Weltwirtschaft. Dennoch ist es die gesellschaftliche Gegenwart, in der der Einflussverlust der nationalstaatlichen Institutionen bei der Regulierung der globalisierten Waren- und Finanzströme mit unabweisbarer Deutlichkeit zu Tage tritt, und die Entwicklung neuer, transnational wirksamer Regelungsstrukturen zunehmend als zwingendes Erfordernis zur Realisierung übergreifender Wohlfahrtsgewinne erkannt wird wie auch zur Vermeidung regional nicht mehr parzellierter ökonomischer Krisen. Ein wichtiger Aspekt der gesellschaftsübergreifenden Entgrenzung ökonomischen Handelns ist die Entstehung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte. Die Arbeitskraft als eine Ware, die zum Schutz und zur sozialen Sicherung ihrer Anbieter in besonderem Maße auf institutionelle Rahmensetzungen angewiesen ist, ist vom Einflussverlust der nationalstaatlichen Institutionen besonders betroffen. Ansätze zur Internationalisierung der Institutionen des Arbeitsmarktes und neue Formen transnationaler Institutionenbildung sind dementsprechend wichtige Forschungsgegenstände des Wandels von Gegenwartsgesellschaften.

Im Bereich des politischen Handelns ist die gesellschaftsübergreifende Entgrenzung der politischen Ideale der Demokratie und der Menschenrechte ein wesentlicher Faktor des Wandels von Gegenwartsgesellschaften. Auch der zunehmende Bedarf, durch international koordinierte politisch-rechtliche Maßnahmen auf Bedrohungen der natürlichen Lebensgrundlagen oder auf Bedrohungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens reagieren zu müssen, führt dazu, dass die politisch-rechtlichen Institutionen der Nationalstaaten und deren Gewaltmonopole zunehmend den Status als letzte Instanz kollektiv verbindlicher Entscheidungsfindung und -durchsetzung verlieren. Insbesondere seit Ende des zweiten Weltkrieges entstehen vielfältige Formen staatenübergreifender politisch-rechtlicher Institutionenbildung: internationale Gerichte wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte oder der Internationale Strafgerichtshof, internationale Verhandlungssysteme wie etwa die UN-Klimakonferenz und internationale Normbildungsprozesse wie etwa die Festlegung der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen zu der Frage, was als ausbeuterische Kinderarbeit zu gelten hat. Zugleich wird die Möglichkeit der Durchsetzung überstaatlichen Rechts und transnationaler Normsetzung dadurch begrenzt, dass alle überstaatlichen Institutionen der Norm-Durchsetzung sich ihr Sanktionspotenzial von den nationalstaatlichen Gewaltmonopolen übertragen lassen müssen. Auch die Frage der Legitimierung solcher, durch demokratische Willensbildung höchstens indirekt bestätigten Institutionen stellt sich neu. Prozesse der transnationalen Normbildung und Normdurchsetzung erweisen sich damit als ein weiteres zentrales Forschungsfeld für die Frage der Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen.

## **Innergesellschaftliche Entgrenzung**

Das gesellschaftliche Institutionensystem der Moderne des 20. Jahrhunderts war in den entwickelten westlichen Demokratien bis hinein in die 1980er Jahre gekennzeichnet durch ein hohes Maß arbeitsteiliger Aufteilung von Zuständigkeitsbereichen, die gesellschaftlich weitgehend unstrittig war: durch eine familiäre Arbeitsteilung, in der das Modell des männlichen Alleinverdieners den Normalfall bildete; durch Normalarbeitsverhältnisse, die die Beschäftigten Zeit ihres Berufslebens mit ein und demselben Betrieb und dessen Belangen verbanden; durch ein System industrieller Beziehungen, das die Regelung der Arbeitsverhältnisse weitgehend an die Großgruppenorganisationen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften delegierte; durch die Herausbildung spezialisierter Institutionen, Zuständigkeiten und Akteurssystemen in vielen Bereichen des politischen und sozialen Lebens; durch ein Verhältnis von Bürgern und Politik, das die Ausübung der politischen Willensbildung überwiegend den gewählten Repräsentanten überließ usw. Viele dieser institutionellen Selbstverständlichkeiten sind seitdem unselbstverständlich oder gar problematisch geworden. Dazu haben nicht nur veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen – etwa im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung – beigetragen, sondern auch veränderte Werthaltungen und Anspruchsniveaus der Gesellschaftsmitglieder, wie auch veränderte Aufmerksamkeiten, Wahrnehmungsweisen und Informationsbestände, die die Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen der neuen digitalen Medien eröffnet bzw. zugänglich gemacht haben.

So empfinden viele Bürger in den entwickelten Demokratien westlicher Gesellschaften das Prozedere der politischen Entscheidungsfindung in den etablierten Bahnen der repräsentativen Demokratie heute als ein Regieren über ihre Köpfe hinweg und erheben den Anspruch, in Belangen, von denen sie sich persönlich betroffen fühlen – sei es eine Schulreform, sei es ein Großprojekt in ihrer Region, sei es eine politische Zukunftsentscheidung über gesellschaftliche Infrastrukturen – direkter angehört und beteiligt zu werden als es die vorhandenen politischen Institutionen erlauben. Die Organisation bzw. Bündelung dieser Beteiligungswünsche in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen und deren Beteiligung als „stakeholder“ in Bürgerforen oder Mediationsverfahren führt zu neuen Formen politischer

Willensbildung und Entscheidungsfindung. Da die neuen „mitregierenden“ gesellschaftlichen Akteure indes über kein demokratisches Mandat verfügen, werden zugleich die tradierten Legitimationsmuster politischer Herrschaft einem Erosionsprozess ausgesetzt, und es stellt sich die Frage nach der Legitimität der sich herausbildenden neuen Governance-Formen politischer Ordnungsbildung.

Während die Spezialisierung und das Expertenwissen von Institutionen lange als Sicherung von Fachkompetenz und Problemlösungsfähigkeit betrachtet wurden, werden in wachsendem Maße eine Versäulung und partikularisierte Problemwahrnehmung kritisiert. Forderungen nach ganzheitlicher Problemsicht, die Definition von Querschnittsaufgaben und Initiativen zur Vernetzung führen tendenziell zu einer Entgrenzung von Politikfeldern. Beispiele dafür sind eine übergreifende Integrationspolitik, der Umwelt- und Verbraucherschutz oder die Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Veränderte Anforderungen, Ansprüche und Beteiligungswünsche sind nicht nur im Verhältnis zu den Institutionen des politischen Lebens zu verzeichnen, sondern betreffen das Verhältnis zu vielen der bestehenden Einrichtungen des gesellschaftlichen Lebens: Elterninitiativ betriebene Kinderkrippen, Patientenselbsthilfeorganisationen, das in den USA zunehmend populäre Home-Schooling, Verbände katholischer Laien und viele weitere Formen bürgerschaftlichen Engagements sind Ausdruck neuer innergesellschaftlicher Ordnungsbildung jenseits der Wirkungsgrenzen hergebrachter gesellschaftlicher Institutionen.

Daneben ist es mit besonderer Deutlichkeit das Arbeitsleben, in dem veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Verein mit gewandelten Werthaltungen zu einer erheblichen Schwächung der etablierten Institutionen geführt und einen beträchtlichen Bedarf nach neuer Ordnungsbildung erzeugt haben. Ein zentrales Stichwort ist hier das der Flexibilisierung der Arbeit, das unterschiedliche Aspekte der Veränderung von Arbeit gegenüber dem Normalarbeitsverhältnis umfasst. Angesprochen ist damit die zeitliche und räumliche Flexibilisierung von Arbeitstätigkeiten, die zu einer Entgrenzung von Arbeitszeit und Freizeit führt, und damit an die Beschäftigten einerseits höhere Anforderungen der Erreichbarkeit und Mobilität stellt, andererseits neuartige Möglichkeiten der Verbindung von Arbeit und (Familien-)Leben eröffnet. Angesprochen ist damit aber auch die Flexibilisierung der Berufsverläufe, die wegführt von dem früheren Normalfall der kontinuierlichen Beschäftigung in einem Betrieb und die berufliche Karriere zunehmend zu einem Projekt unter individueller Planung und mit individualisierten Gewinnchancen und Scheiternsrisiken werden lässt. Damit korrespondierend erodiert im Bereich des organisierten Wirtschaftshandelns die Grenze zwischen den Koordinationsformen der betrieblichen Hierarchie und des marktförmigen Tausches, und es entstehen für die verschiedensten ökonomischen Ordnungsprobleme neue Lösungsoptionen, die in dem Kontinuum Markt – Hybrid (Netzwerk) – Hierarchie gefunden werden müssen.

## **Verbindung beider Perspektiven**

Gesellschaftsübergreifende und innergesellschaftliche Entgrenzungen stehen einander vielfach nicht unverbunden gegenüber, sondern greifen ineinander. Dies spiegelt sich auch in den neuen Formen der Ordnungsbildung wider. So sind die unter dem Begriff der Governance diskutierten neuen Formen des Regierens sowohl eine Reaktion auf gewachsene Partizipationsforderungen innergesellschaftlicher Akteure wie auch ein Resultat einer zunehmenden Mehrebenenverflechtung, die es erforderlich werden lässt, regionale, nationale und überstaatliche Institutionen politischer Entscheidungsfindung untereinander abzustimmen.

Die neuen digitalen Medien und die Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen, die sich in ihnen ausprägen, sind dabei, die Struktur der gesellschaftlichen Öffentlichkeit grundlegend zu verändern. Unter diesen Gegebenheiten können lokale Ereignisse in bislang ungeahnter Weise gesellschaftsweite oder gesellschaftsübergreifende Aufmerksamkeit gewinnen und innergesellschaftliche

Engagements sich in neuartiger Weise gesellschaftsübergreifend vernetzen. In vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verliert die Bindung des organisierten sozialen Handelns an den physikalischen Raum und an territoriale Grenzen – zumindest relativ – an Bedeutung. Diese gilt für so unterschiedliche Formen des organisierten Handelns wie soziale Bewegungen, Wertschöpfungsketten und Korruptionsnetzwerke gleichermaßen.

Die gewachsenen Möglichkeiten und Anforderungen grenzüberschreitender Vernetzungen und Austauschbeziehungen erhöhen zugleich auch die Mobilitätschancen und -erfordernisse sowohl für Individuen als auch für Organisationen. Dies wiederum setzt bestehende Einrichtungen innergesellschaftlich wie auch gesellschaftsübergreifend unter Angleichungsdruck, wie dies etwa im Schulbereich in Zentralprüfungen zum Ausdruck kommt oder im Hochschulbereich in den Reformen des Bologna-Prozesses.

## **Forschungsfokus und Vorgehensweise**

Der Wandel von Gegenwartsgesellschaften, betrachtet unter dem Gesichtspunkt der Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen, besitzt viele Facetten. Er betrifft die Mikroebene der sozialen Interaktion und deren Verhaltensgrundlagen ebenso wie die gesellschaftliche Mesoebene des organisierten sozialen Handelns und die Makroebene systemischer Strukturen und Prozesse. Er lässt sich auch nicht an einem bestimmten Handlungsfeld des gesellschaftlichen Lebens festmachen, sondern betrifft das Feld des politisch-rechtlichen Handelns und die Sphäre des Normativen ebenso wie das Feld des ökonomischen Handelns und die Sphäre des Arbeitslebens oder den Bildungsbereich und die Kultur. Der gemeinsame thematische Fokus des Profilschwerpunktes besteht darin, mit der Frage der Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen ein Phänomen zu analysieren, das auf allen diesen unterschiedlichen Ebenen und verschiedenen Handlungsbereichen des gesellschaftlichen Geschehens eine wesentliche Triebkraft des gesellschaftlichen Wandels darstellt.

Die Forschungen im Profilschwerpunkt zielen darauf, gesellschaftswissenschaftlich besonders aussagekräftige Phänomene der Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen zu identifizieren und zu analysieren. Die Analyse der jeweils betrachteten Phänomene gesellschaftlichen Wandels beginnt damit, die Faktoren zu erforschen, die wesentlich dafür verantwortlich sind, dass die Wirkungsgrenzen bestehender Institutionen überschritten werden und Entgrenzungsphänomene entstehen. Es werden dann diejenigen Kommunikations- und Austauschprozesse und diejenigen Formen konsensueller oder konflikthafter sozialer Beziehungen identifiziert, in denen die betreffende Entgrenzungproblematik ihren sozialen Ausdruck findet. Daran anknüpfend lässt sich der dadurch neu entstehende Bedarf institutionell verfasster Handlungsorientierungen, -unterstützungen und -regulierungen bestimmen, den die etablierten gesellschaftlichen Einrichtungen, Normen und Verhaltensmuster in der vorliegenden Gestalt nicht mehr in genügender Weise zu erfüllen in der Lage sind. Schließlich ist zu erforschen, ob und welche neuen Formen der Ordnungsbildung sich herausbilden und in welchem Verhältnis sie zu den etablierten Institutionen stehen. Die Verhältnisbestimmung zu den bestehenden Institutionen ist ein entscheidender Schritt der Analyse, weil er den Blick auf die je unterschiedliche Gestalt richtet, die die neuen Formen der Ordnungsbildung annehmen kann: von der neuartigen Rekombination vorhandener institutioneller Arrangements über deren Ergänzung und Erweiterung durch neue Aspekte bis hin zur vollständigen Substitution und Beseitigung vorgängiger Einrichtungen, Normen und Verhaltensmuster.

Die Analyse der Ordnungsbildung unter entgrenzten Verhältnissen stellt in allen diesen Aspekten eine Herausforderung sowohl an die gesellschaftswissenschaftliche Theoriebildung als auch an die sozialwissenschaftliche Methodenentwicklung. Viele der theoretischen Konzeptionen setzen die Einheit der nationalstaatlich verfassten Gesamtgesellschaft und die funktionale Autonomie der ausdifferen-

zierten Handlungsfelder, wie sie im bestehenden Institutionengefüge zum Ausdruck kommt, als Bezugsgrößen für die konzeptionelle Erfassung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse voraus. An diesen Bezugsgrößen ist auch die Erhebung und Auswertung repräsentativer empirischer Daten überwiegend orientiert. In empirischer Hinsicht stellt sich damit die Aufgabe, empirische Datensätze dieser Art in innovativer Weise miteinander zu verknüpfen, wie auch die Aufgabe, empirische Untersuchungsdesigns zu entwickeln, welche die grenzüberschreitenden sozialen Phänomene besser in den Blick bekommen. In theoretischer Hinsicht besteht die Herausforderung darin, die Strukturen und Wirkungsweisen neuer Formen der Ordnungsbildung konzeptionell zu erfassen und die dazu erforderlichen theoretischen Grundbegriffe auszuarbeiten.

Das Forschungsprofil des Profilschwerpunktes ist darauf gerichtet, ein breites Spektrum gesellschaftswissenschaftlicher Forschungsgebiete – Forschungsgebiete der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Wirtschaftswissenschaften, der Regionalstudien, der Bildungswissenschaften und der Kulturwissenschaften – unter einer spezifischen Fragestellung des Wandels von Gegenwartsgesellschaften zu fokussieren. Es zielt damit darauf, die Breite der an der Universität Duisburg-Essen vorhandenen gesellschaftswissenschaftlichen Kompetenz zu nutzen und auf eine übergreifende, inhaltlich präzise bestimmte Forschungsfrage hin zu bündeln. Der Profilschwerpunkt „Wandel von Gegenwartsgesellschaften: Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen“ trägt damit dazu bei, den Gesellschaftswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen ein unverwechselbares und sichtbares Profil zu geben.